

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am
19.09.2018**

öffentlich

**Ort:
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)**

Stadthaus, Wappensaal,

Zeit:

17:00 Uhr bis 18:46 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Bernd Wiegand
Dr. Annegret Bergner
Bernhard Bönisch
Andreas Scholtyssek

Dr. Hans-Dieter Wöllenweber
Marion Krischok

Hendrik Lange

Dr. Bodo Meerheim
Elisabeth Nagel
Eric Eigendorf
Johannes Krause
Dennis Helmich

Tom Wolter

Oberbürgermeister
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale),
Teilnahme bis 18:46 Uhr
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale),
Vertreterin für Herrn Lange,
Teilnahme ab 17:45 Uhr
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale),
Teilnahme bis 17:45 Uhr
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Vertreter für Frau Dr. Brock
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES
FORUM

Verwaltung:

Egbert Geier
René Rebenstorf
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Sabine Ernst
Marco Schreyer
Maik Stehle

Bürgermeister
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Leiter Fachbereich Recht
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Inés Brock

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Herr Fritz zur Auslegung der Hauptsatzung zur Einwohnerfragestunde**

Herr Fritz fragte, ob sich an der Hauptsatzung etwas geändert hat oder nach wie vor während der Einwohnerfragestunde Fragen gestellt werden dürfen. Zudem wollte er wissen, ob Fragen durch den Ausschussvorsitzenden trotz schriftlicher und mündlicher Anmeldung untersagt werden dürfen.

Herr Schreyer antwortete, dass sich die Regelungen der Hauptsatzung nicht geändert haben und jederzeit die Möglichkeit besteht, während der Einwohnerfragestunde Fragen einzubringen, solange diese noch nicht durch den Vorsitzenden beendet wurde.

Er sagte, dass die schriftliche Einreichung der Fragen die Arbeit des Vorsitzenden vereinfacht und so auch schriftliche Antworten nachgereicht werden können.

Herr Fritz fragte, wie mit dem Vorkommnis umgegangen werden kann und wie die Abweisung seines Fragerechts sanktioniert werden kann.

Herr Schreyer sagte, dass die Einwohnerfragestunde nicht der Rechtsberatung dient und innerhalb der Verwaltung sowie mit dem jeweiligen Ausschussvorsitzenden Gespräche geführt werden.

Herr Fritz sagte, dass der Vorsitzende des Ausschusses für Planungsangelegenheiten von der CDU/FDP-Fraktion entsandt wurde und fragte, wie die Abweisung geregelt werden kann, ohne eine Beschwerde beim Stadtratsvorsitzenden oder dem Landesverwaltungsamt einzulegen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass nur so verfahren werden kann, wie Herr Schreyer mitgeteilt hat.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand**. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug vor, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 5.3

Satzung über die Gebühren für die Benutzung von Grünanlagen der Stadt Halle (Saale)
(Grünanlagegebührensatzung)

Vorlage: VI/2018/04094

- **Vorschlag: vertagen**
- **Behandlung erfolgt im Oktober 2018**

TOP 5.4

Neufassung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhauses

Vorlage: VI/2018/03748

- **Vorschlag: absetzen**
- **gleich Voten in den Fachausschüssen**

TOP 5.5

Namensgebung für Kita-Neubau Schimmelstraße 7, Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/04131

- **Vorschlag: absetzen**
- **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 6.1

Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung des Geländes des ehemaligen RAW

Vorlage: VI/2018/04059

- **Vorschlag: vertagen**
- **keine Behandlung im Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

TOP 6.2

Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung eines Inklusionsbudgets für Schulen und Kindertagesstätten

Vorlage: VI/2018/04067

- **Vorschlag: vertagen**
- **Im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften vertagt**

TOP 6.3

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gestaltung der Fassade des Stadthauses

Vorlage: VI/2018/03881

- **Vorschlag: vertagen**
- **keine Behandlung im Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

TOP 6.4

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife

Vorlage: VI/2018/03885

- **Vorschlag: vertagen**
- **keine Behandlung im Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

TOP 6.5

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schulturnhallennutzung durch Horte in den Schulferien

Vorlage: VI/2018/04072

- **Vorschlag: absetzen**
- **gleiche Voten in den Fachausschüssen**

TOP 6.7

Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/FDP zum Verkauf kommunaler Flächen am Riebeckplatz

Vorlage: VI/2018/04085

- **Vorschlag: vertagen**
- **keine Behandlung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass folgender Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

Dringlichkeiten

vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174 "Riebeckplatz Ost" - Aufstellungsbeschluss

Vorlage: VI/2018/04170

- **2/3 Mehrheit erforderlich**
- **Behandlung unter TOP 5.6**

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur BV vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174 "Riebeckplatz Ost" - Aufstellungsbeschluss - Vorlage: VI/29018/04170

Vorlage: VI/2018/04215

- **2/3 Mehrheit erforderlich**
- **Behandlung unter TOP 5.6.1**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte in die Dringlichkeitsvorlage ein und begründete diese.

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung der Dringlichkeit zur Aufnahme auf die Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Herr Lange fragte, warum der Tagesordnungspunkt 6.6 nicht vertagt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass der Antrag in den Hauptausschuss verwiesen wurde.

Herr Wolter sagte, dass die Verwaltung angekündigt hat, dass es im Hauptausschuss eine Mitteilung zum Thema geben wird, diese jedoch auch im Bildungsausschuss ergehen kann. Er plädierte für die Vertagung.

Frau Ernst antwortete, dass es sich um einen Antrag im übertragenen Wirkungskreis handelt und mit dem Stadtrat vereinbart wurde, dass solche Anträge noch einmal im Hauptausschuss beraten werden. Dementsprechend wird die Verwaltung einen konkreten Vorschlag unterbreiten, wie mit dem Thema umgegangen werden kann. Durch eine Vertagung würde der Antrag um einen Monat zurückgestellt werden.

Herr Wolter bat die Ausschussmitglieder, die Information dann zur Kenntnis zu nehmen und zog den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung zurück.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gab es nicht, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Es wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Bestätigung der Niederschrift vom 22.08.2018
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Grundsatzbeschluss zur Bildung von Ortschaften und zur Einführung von Ortschaftsräten in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04316
 - 5.2. Mitgliedschaft im „vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.“
Vorlage: VI/2018/04133
 - 5.3. *Satzung über die Gebühren für die Benutzung von Grünanlagen der Stadt Halle (Saale) (Grünanlagegebührensatzung)*
Vorlage: VI/2018/04094 vertagt
 - 5.4. *Neufassung der Satzung über die Benutzung des städtischen Frauenschutzhouses*
Vorlage: VI/2018/03748 vertagt
 - 5.5. *Namensgebung für Kita-Neubau Schimmelstraße 7, Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2018/04131 vertagt
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. *Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung des Geländes des ehemaligen RAW*
Vorlage: VI/2018/04059 vertagt
Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Antrag der
 - 6.1.1 *CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung des Geländes des ehemaligen RAW*
Vorlage: VI/2018/03976
 - 6.2. *Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung eines Inklusionsbudgets für Schulen und Kindertagesstätten*

- Vorlage: VI/2018/04067 vertagt
- 6.3. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gestaltung der Fassade des Stadthauses*
Vorlage: VI/2018/03881 vertagt
- 6.4. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife*
Vorlage: VI/2018/03885 vertagt
- 6.5. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schulturnhallennutzung durch Horte in den Schulferien*
Vorlage: VI/2018/04072
abgesetzt
- 6.6. *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur modellhaften Einrichtung von „Hol-und Bringzonen“ an Schulen*
Vorlage: VI/2018/04082
- 6.7. *Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/FDP zum Verkauf kommunaler Flächen am Riebeckplatz*
Vorlage: VI/2018/04085 vertagt
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Installation von versenkbaren Pollern in der Kleinen Ulrichstraße
Vorlage: VI/2018/04313
- 8.2. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Bernhard Bönisch zu Hinweisschilder in der August-Bebel-Straße
- 8.3. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Dr. Detlef Wend (SPD-Fraktion) zu größeren Müllbehälter und/oder zusätzliche Müllbeseitigungen am Wochenende am Hasenberg (Rathenauplatz, Paulusviertel)
Vorlage: VI/2018/04290
- 8.4. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Fabian Borggreffe (SPD-Fraktion) Fahrradstellplätze am Hasenberg (Rathenauplatz, Paulusviertel) zu installieren
Vorlage: VI/2018/04291
- 8.5. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung (SPD-Fraktion) die Beleuchtung des Gehweges im Bereich Züricher Str. 1 bis 9 zu verbessern
Vorlage: VI/2018/04292
- 8.6. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung zur Feuerwehr Ammendorf
- 8.7. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Gottfried Koehn zur Verkehrsführung in Heide-Süd

- 8.8. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Alexander Raue zum Grillen am Heidesee
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 **Bestätigung der Niederschrift vom 22.08.2018**

Es gab keine Wortmeldungen, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Grundsatzbeschluss zur Bildung von Ortschaften und zur Einführung von Ortschaftsräten in der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: VI/2018/04316**

Herr Geier führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Herr Dr. Meerheim informierte über den Werdegang der Beschlussvorlage und begrüßte diese.

Frau Krischok sagte, dass dann eine Ortschaftsverfassung erstellt werden muss. Sie fragte, ob das Wort „unverzüglich“ im Punkt 2 durch ein Datum ersetzt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass nach Feststellung des Grundsatzbeschlusses von der Verwaltung alle weiteren Maßnahmen ergriffen werden.

Frau Krischok fragte, wie lange die Vorbereitungen dauern werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden würde und sagte, dass Vertagungen zur Folge hätten, dass die Umsetzung bis zur Kommunalwahl nicht mehr realisierbar ist. Es soll versucht werden, innerhalb eines Monats dem Stadtrat eine ausgearbeitete Beschlussvorlage vorzulegen.

Herr Helmich sagte, dass es sich bei der Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt um eine „Kann-Bestimmung“ handelt. Er merkte an, dass diese Regelung hilfreich für Kommunen mit weit verbreiteten Ortschaften ist. Er zweifelte an, dass die Einführung sinnvoll für die Stadt Halle (Saale) ist. Er sagte, dass eine Entscheidung im Interesse und mit der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger getroffen werden muss und eine Bürgerumfrage durchgeführt werden sollte.

Herr Wolter begrüßte die Beschlussvorlage. Er sagte, dass Halle nicht als Ortschaft anzusehen ist, sondern als geschlossene Stadt. Er sagte, dass die Stadtverwaltung zunächst einen Satzungsentwurf vorlegen sollte, bevor ein Beschluss gefasst wird.

Herr Krause bestätigte die Aussagen von Herrn Helmich und Herrn Wolter. Er schlug vor, eine Arbeitsgruppe einzurichten, um grundsätzliche Fragen zur Einführung von Ortschaftsräten zu klären. Weiter sagte er, dass zunächst das Projekt Jugendparlament laufen sollte und auf den Erfahrungen aufgebaut werden könnte. Er sagte, dass die Einführung von Ortschaftsräten einen großen personellen Aufwand zur Folge hätte und möglicherweise die Ortschaftsräte nicht ausreichend besetzt sind.

Herr Scholtyssek begrüßte die stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen. Er sagte, dass es genügend Portale für Bürgerinnen und Bürger gibt, um sich in Diskussionen einzubringen und nannte als Beispiel das Portal „Sag´s uns einfach“. Er sagte, dass zunächst geklärt werden muss, wie viele Ortschaftsräte es geben soll und welche Kompetenzen diese haben sollen.

Herr Dr. Meerheim schlug vor, den Punkt 2 dahingehend zu ergänzen, dass die Ausarbeitungen der Verwaltung schnellstmöglich mit den Bürgerinnen und Bürgern besprochen werden und dann zur Bundestagswahl im Jahr 2020 vorbereitet werden. Außerdem merkte er an, dass die Quartiermanager in den Stadtteilen in die Ortschaftsräte einbezogen werden könnten.

Herr Bönisch sagte, dass den Ortschaftsräten keine endgültige Entscheidungsbefugnis übertragen werden kann. Er merkte an, dass es sinnvoller ist, anlassbezogene Interessensbekundungen zu bilden, da es einheitliche Regelungen geben soll.

Herr Wolter sagte, dass der Grundsatzbeschluss mit Umsetzungsvorschlägen untersetzt werden muss. Er regte an, themenbezogene Interessensbekundungen durchzuführen. Er fragte Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand, ob ein Vorschlag zur näheren Ausgestaltung ausgearbeitet werden kann, damit offene Fragen geklärt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, erst wenn feststeht, dass Ortschaftsräte gewollt sind, kann über die Umsetzung entschieden und ein Satzungsentwurf vorgelegt werden. Diese Entscheidung muss zuerst getroffen werden.

Herr Wolter sagte, dass den Stadträten nicht bekannt ist, wie der Beschlussvorschlag ausgestaltet werden soll und somit kein Beschluss gefasst werden kann.

Frau Krischok merkte an, dass Ortschaften in den Stadtteilen von Halle gelebt werden. Sie sagte, dass durch die Fraktion DIE LINKE eine ausgearbeitete Ortschaftsratsverfassung vorliegt, wo Rechte und Aufgaben aufgegliedert sind. Sie bedauerte, dass Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungen nicht mit eingebunden werden.

Herr Helmich fragte Frau Krischok, welche Kompetenzen in einem Ortschaftsrat gesehen werden. Er sagte, dass die Meinung der Bürgerinnen und Bürger Grundlage für die Entscheidung des Stadtrates ist. Weiterhin merkte er an, dass die Bürgerinnen und Bürger bereits vor der Erstellung der Beschlussvorlage befragt werden sollten, damit diese nach den Wünschen ausgerichtet werden kann. Er bezweifelte, dass der Oberbürgermeister die Pflicht hat, dem Stadtrat die Einführung eines Ortschaftsrates vorzuschlagen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass seit mehreren Monaten im Landtag über die

Thematik diskutiert wird.

Herr Helmich sagte, dass es sich um eine „Kann-Regelung“ handelt und durch die Gesetzgebung den kreisfreien Städten die Möglichkeit eingeräumt wird, Ortschaftsräte zu bilden. Eine Pflicht zur Einführung ist nicht gegeben.

Herr Scholtyssek sagte, dass keine Entscheidung getroffen werden kann, solange die Möglichkeiten der Umsetzung nicht geklärt sind.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Bildung von Ortschaften und die Einführung von Ortschaftsräten gemäß § 81 (1) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) sowie deren Wahl zum nächstmöglichen Zeitpunkt, frühestens jedoch zum Termin der nächsten Kommunalwahl am 26.05.2019.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Beschlüsse zur Anzahl der Ortschaftsräte, Abgrenzung der Ortschaften, Anzahl der Ortschaftsratsmitglieder pro Ortschaftsrat sowie der Ortschaftsratsverfassung im Rahmen einer Hauptsatzungsänderung vorzubereiten.

zu 5.2 **Mitgliedschaft im „vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.“**
Vorlage: VI/2018/04133

Herr Rebenstorf führte in die Beschlussvorlage ein und begründete diese.

Herr Helmich regte an, Mitgliedschaften bei Institutionen zu prüfen, welche Weiterbildungen für Verwaltungsmitarbeiter und Kommunalpolitiker anbieten.

Herr Krause begrüßte die Beschlussvorlage und sagte, dass immer im Einzelfall geprüft werden muss, ob die Stadt aus der Mitgliedschaft einen Nutzen zieht.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Beitritt der Stadt Halle (Saale) in den Verband „vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.“.
2. Die Satzung und die Beitragsordnung des Verbandes „vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.“ werden zur Kenntnis genommen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur modellhaften Einrichtung von „Hol- und Bringzonen“ an Schulen Vorlage: VI/2018/04082

Frau Ernst sagte, dass es sich um eine Angelegenheit im übertragenen Wirkungskreis handelt und das Anliegen des Antrages begrüßt wird. Sie schlug vor, ein Modellprojekt mit drei Grundschulen zu starten. Als Vorschlag nannte sie die Grundschule „Frohe Zukunft“, die Grundschule „Albrecht Dürrer“ und die Grundschule „Neumarkt“. Die Verwaltung würde mit den Schulleitern Kontakt aufnehmen, um Voraussetzungen und Erfordernisse zu besprechen. Weiterhin soll im Hauptausschuss und im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen informiert werden.

Herr Wolter nahm die Informationen zur Kenntnis und stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung, da bis zum Stadtrat geklärt werden soll, wie mit dem Antrag weiter umgegangen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Beginn des Schuljahres 2018/2019 an drei kommunalen Schulen modellhaft in Abstimmung mit der Polizei Flächen für Hol- und Bringzonen für den motorisierten Individualverkehr zu definieren und einzurichten. Der Oberbürgermeister unterrichtet den Stadtrat im Dezember 2018 über die Ergebnisse der Modellversuche.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 **Mitteilungen**

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll gefertigt.

zu 8.1 **Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Installation von versenkbaren Pollern in der Kleinen Ulrichstraße** **Vorlage: VI/2018/04313**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir gehen dann zu den Mitteilungen. Hier geht es um 8.1, die Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Christoph Bernstiel zur Installation von versenkbaren Pollern in der Kleinen Ulrichstraße. Herr Rebenstorf bitte.

Herr Rebenstorf

Danke sehr, Herr Oberbürgermeister. Jetzt waren Sie leider einen Moment schneller als ich reagieren konnte. Wir haben dann auch noch eine mündliche Mitteilung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann machen wir die danach.

Herr Rebenstorf

Dann machen wir die danach. Okay, gut.

Herr Rebenstorf

Die Anfrage von Herrn Bernstiel. Also, es ging um die Kleine Ulrichstraße und dass er uns mitgeteilt hat, dass es ihm aufgefallen ist, dass sehr viele Radfahrer durch abendliches Schaufahren von PKWs in der stark frequentierten Kneipenmeile behindert werden und dass es ein großes Ärgernis darstellt. Und er macht den Vorschlag, dass die Straße mit versenkbaren Pollern zu versehen ist.

Ich würde da jetzt zweiteilig antworten. Und zwar: Einmal gibt es seitens meiner Verwaltung nochmal eine Überprüfung, wie die Historie gewesen ist, dass es 2011 im Stadtrat einen Prüfauftrag gab, wie man effektiv zu einer Verkehrsberuhigung in der Kleinen Ulrichstraße kommen kann. Und das ist auch, soweit ich es verfolgen konnte, jetzt umgesetzt worden. Die Durchquerungen sind zurückgegangen an der Stelle und wir können heute eine deutlich reduzierte Anzahl an PKWs, die da durchfahren, feststellen. Trotzdem empfiehlt die Verwaltung, die Poller nicht auszuführen und den Zustand so zu lassen, wie es ist. Jetzt muss ich kurz dazu sagen, ich selber bin auch Anwohner der Altstadt, aber nicht der Kleinen Ulrichstraße. Also, nicht dass da der Eindruck entsteht, dass ich für mich selber reden würde an der Stelle. Ich sehe es genauso, wenn ich jetzt die Kleine Ulrichstraße vor meinem geistigen Auge habe, da sind die Kneipen, die mindestens einmal am Tag ihre Getränke austauschen, also neue anliefern, Altglas bzw. Pfand abholen. Das sind die kleinen Geschäfte, die da sind, da ist die Masse an Anwohnern, die da wohnt, die da ihre Wohnungen haben und rein aus praktischen Gründen

dahin zu fahren, jederzeit das auch als Anwohner und Gewerbetreibender vor allen Dingen zu können, wäre das ein enormer Aufwand, wenn wir die Poller jetzt einrichten. Denn es muss ja geregelt werden, wann fahren die runter, wer hat da die Zugangsberechtigung. De facto alle Anwohner, die da sind. Das sind die Gewerbetreibenden und das sind die, die in den Wohnungen wohnen. Dessen muss man sich bewusst sein, dass das ein sehr hoher Aufwand sein wird und man trotzdem dann immer mit der Situation leben muss, dass da dennoch ein sehr hoher, also nicht hoher, aber zumindest ein Fahrverkehr an der Stelle dann stattfinden wird.

Daher sehe ich das genauso. Ich selber kann es auch nicht empfehlen, das zu machen, weil der Aufwand einfach zu hoch ist, auf Grund der enormen Anwohnerzahl, die da ist. Und es gibt aber auch noch andere Fälle, wo so etwas Sinn macht, wo es eine überschaubare Anzahl an Anwohnern ist, wo man sicherstellen kann, wer die Kontrolle darüber hat dann. Also deswegen ist es abzulehnen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir nehmen die dann mit, ja, die Nachfrage. Bitteschön.

Herr Scholtyssek

Da würde ich jetzt nochmal die Nachfrage stellen. Es gibt ja andere Städte, die das durchaus praktizieren mit den Pollern, Leipzig zum Beispiel. Da ist das ja Gang und Gebe. Es wäre ja auch in Halle kein Neuland, wir haben das in der Sternstraße ja auch so. Dann gibt es halt für die dort ansässigen Gastronomen Lieferfenster, so, wie das in der gesamten Innenstadt auch ist. Also, es ist ja kein Hexenwerk, kein Ding der Unmöglichkeit, wenn man so etwas einrichten würde, theoretisch. Man müsste ja wahrscheinlich auch nicht die komplette Straße abpollern. Es reicht ja, wenn man einen bestimmten Abschnitt abpollern würde. Dann würden die Show-Durchfahrten ja auch unterbleiben. Insofern würde ich anregen, dass man darüber vielleicht nochmal nachdenkt.

zu 8.2 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Bernhard Bönisch zu Hinweisschilder in der August-Bebel-Straße

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Okay, vielen Dank. Dann sind wir bei 8.2, die Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Bernhard Bönisch zu Hinweisschildern in der August-Bebel-Straße. Frau Ernst, bitte.

Frau Ernst

Ja, Herr Bönisch hatte angeregt, die Hinweisschilder in der August-Bebel-Straße noch einmal zu prüfen mit Blick auf die Einbahnstraßenregelung. Die Beschilderung entspricht der StVO und ist auch an allen Stellen gut sichtbar. Die Unfälle in dem Bereich sind deutlich rückläufig. Im Zeitraum vom 01.01.2015 bis 30.06.2016 gab es in diesem Bereich 54 Unfälle. Im Zeitraum 01.01.2017 bis 30.06.2018 wurden in diesem Bereich 29 Unfälle verzeichnet. Auch die Anzahl der Verletzten ist gesunken, sodass seitens der Stadt und auch der Polizei gegenwärtig kein Handlungsbedarf gesehen wird.

Im gleichen Zusammenhang hatte Herr Doege Unfälle befürchtet durch Fahrradfahrer, die zulässigerweise entgegengesetzt der Einbahnstraße fahren auf der August-Bebel-Straße, dann aber übersehen werden. Und auch diese Situation bzw. solche Fälle sind nicht dokumentiert.

Herr Bönisch

Frau Ernst, wissen Sie, ich bin nicht bei allen Leuten beliebt, weil ich in meiner politischen Ausrichtung da manchmal ein bisschen exotisch vorkomme in dem Viertel, wo ich wohne, aber die Leute haben sich in mehreren Fällen, mehrere haben mich angesprochen und sich dafür bedankt, dass ich endlich mal dieses Thema aufgreife und endlich was passiert. Wenn Sie sagen, da ist kein Bedarf, vielleicht nehmen Sie sich mal die Zeit und gehen mal. Gerade, zum Beispiel diese Frage, die aus der Heinrich-und-Thomas-Mann-Straße entgegen der Einbahnstraßenrichtung auf die August-Bebel-Straße mündenden Radfahrer, das war der Fall, den ich geschildert habe. Da ist Null. Da kann man, wenn man weiß, dass da oben an dem Einbahnstraßenschild gegenüber dann doch dieses Fahrradfahrer im Gegenverkehr ist, dann muss man aber denken, ach ja, muss ja doch jemand kommen können von dort. Also, vielleicht denken Sie doch nochmal drüber nach, war ja nur eine Anregung, aber die ist bei den Anwohnern dort auf sehr viel Wohlwollen gestoßen, weil Handlungsbedarf besteht, aus deren Sicht.

**zu 8.3 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Dr. Detlef Wend (SPD-Fraktion) zu größeren Müllbehältern und/oder zusätzliche Müllbeseitigungen am Wochenende am Hasenberg (Rathenauplatz, Paulusviertel)
Vorlage: VI/2018/04290**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann kommen wir zu 8.3. Das ist die Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Dr. Detlef Wend zu größeren Müllbehältern und zusätzliche Müllbeseitigung am Wochenende am Hasenberg (Rathenauplatz, Paulusviertel). Herr Rebenstorf bitte.

Herr Rebenstorf

Ja, danke. Also, wie Herr Oberbürgermeister eben schon vorgelesen hat, geht es um die Müllbehälter im Bereich Rathenauplatz am Hasenberg. Da stehen 9 Abfallbehälter und zwischen der Robert-Blum-Straße und der Willy-Lohmann-Straße am Spielplatz befinden sich weitere 7 Abfallbehälter. Alle 16 Abfallbehälter haben ein Gesamtvolumen von 800 Litern und werden vor den Wochenenden und am Anfang der Woche geleert. Die Reinigung der Grünfläche erfolgt wöchentlich und bei Bedarf auch in kürzeren Intervallen. Die weitere Aufstellung von Abfallbehältern in diesen Bereichen ist nicht notwendig und würde letztendlich auch die verhaltensverursachten Verschmutzungen auch nicht unterbinden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause.

Herr Krause

Das war jetzt eine Zustandsbeschreibung. Ich habe jetzt verstanden, die Anregung läuft ins Leere. Was ich allerdings nicht verstanden habe, wie definieren Sie die Veränderung der Intervalle bei Bedarf? Wer zeigt den Bedarf an, wer nimmt den Bedarf auf und wie wird es dann sozusagen so gemacht. Hier wird beschrieben, dass im Grunde die Pauluskirchengemeinde jetzt selber hingeht, also regelmäßig saubermacht auf dem Berg, weil vorher Leute dort sozusagen Samstagabend oder wie auch immer, dann ihren Müll da hinterlassen haben oder die Woche über. Das ist ja auch in Ordnung, dass auch Bürger selber mal was aufheben, gar keine Frage. Hier geht es aber um ein strukturelles Problem. Habe ich das jetzt richtig verstanden, dass Sie das jetzt aufnehmen, oder wie muss man sich das jetzt vorstellen? Also, ich hab es nicht verstanden. Nach Bedarf, wer löst das aus, wenn höherer Bedarf ist und zu welchem Zeitpunkt?

Herr Rebenstorf

Nein, also so ist das jetzt nicht zu verstehen, dass die Paulusgemeinde dann selber hingeht, sondern natürlich kann die Paulusgemeinde letztendlich auch bei uns anrufen und sagen, da ist ein Bedarf, weil es da eine Spontanparty gegeben hat oder sowas, dann. Und dann würden wir ja auch zeitnah reagieren dann. Das ist genau sowas, wenn irgendwo ein Mülleimer umgekippt ist und man jetzt nicht gerade im Turnus dran ist, um dann vorbei zu kommen. Also, man geht dem ja auch nach, wenn man das aufnimmt, dass da außer der Reihe etwas passiert ist, oder ein Bedarf besteht. Und dann kommt jemand und macht es weg.

Herr Krause

Dann nehmen wir das mal so mit.

**zu 8.4 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Fabian Borggrefe (SPD-Fraktion)
Fahrradstellplätze am Hasenberg (Rathenauplatz, Paulusviertel) zu
installieren
Vorlage: VI/2018/04291**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann gehen wir zu 8.4. Das ist die Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Borggrefe, Fahrradstellplätze am Hasenberg zu installieren. Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Also, wir haben das geprüft und der umlaufende Gehweg um den Hasenberg ist hinsichtlich seiner Breite nicht geeignet, um dort Fahrradbügel aufzustellen. Schlicht und ergreifend, er ist zu schmal und es würde nicht mehr genügend Gehweg übrig bleiben. Und auch die Fläche neben dem beschriebenen Schaukasten ist in der Größe und in der Beschaffenheit auch nicht geeignet und nicht ausreichend und man hat mir ebenfalls noch mit auf den Weg gegeben, nicht zu vergessen, dass der Berg im Winter gerne zum Rodeln genutzt wird und wenn dann da irgendwo ein Fahrradbügel im Weg ist, könnte das auch kritisch werden.

Herr Krause

Da muss ich doch nochmal nachfragen, Herr Rebenstorf, sehen Sie es mir nach, aber hat denn die Verwaltung, wenn Sie festgestellt hat, das geht da überall nicht an den vorgeschlagenen Plätzen, von Laien vorgeschlagenen Plätzen, gibt es denn eine Alternative, die Sie vorschlagen können, die sicher ist, die Rodler im Winter nicht stört? Und wir wollen ja sozusagen den Individualverkehr fördern, das Fahrradfahren in der Stadt und das kann man doch sozusagen auch überlegen, das man sagt: Okay, da wo Ihr vorschlagt geht nicht, aber wir hätten eine Alternative für Euch. Ist das überlegt worden?

Herr Rebenstorf

Dann Herr Krause, würde ich es gerne mitnehmen, auch nochmal prüfen, vielleicht gehe ich auch selber nochmal vorbei und schau es mir an. Aber ich würde es erstmal an meine Kolleginnen und Kollegen weitergeben. Wir würden dann gucken, was da noch geht.

**zu 8.5 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung (SPD-Fraktion)
die Beleuchtung des Gehweges im Bereich Züricher Str. 1 bis 9 zu
verbessern
Vorlage: VI/2018/04292**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann gehen wir zu 8.6. Zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung zur Feuerwehr Ammendorf. Frau Ernst. 8.5, Halt. Stopp. Ich bitte um Entschuldigung. Die Beleuchtung des Gehweges kommt dazwischen. Wiederum, Herr Rebenstorf. Dankeschön. Vielen Dank, Entschuldigung.

Herr Rebenstorf.

Genau. Dann lese ich nochmal die Frage kurz vor, die Herr Schiedung gestellt hat:

Viele Anwohnerinnen und Anwohner der Züricher Straße nutzen den Gehweg entlang der Züricher Str. 1 bis 9, um zur Bus- und Straßenbahnhaltestelle Wörmlitz zu gelangen. Auf ungefähr der Hälfte des Gehweges befindet sich ein Treppenabsatz. Dieser ist unbeleuchtet und die Treppen sind für Passanten im Dunkeln nur schlecht sichtbar.

Mal unabhängig davon, ob sich jetzt jeder vorstellen kann, wo die Züricher Straße 1 und 9 ist, sei jetzt mal dahingestellt. Der gelegene Gehweg der Züricher Straße ist ausreichend ausgeleuchtet, die einzige in diesem Bereich befindliche Treppenanlage führt zu den straßenbegleitenden Parkplätzen und ist ebenfalls über die vorhandene 6 Meter entfernte Leuchte hinreichend ausgeleuchtet. Dann gibt es noch einen, nördlich der Gebäude befindlichen Weg, bei dem handelt es sich nicht um einen Bestandteil der öffentlichen Verkehrsanlage und da liegt vermutlich die Crux in der Frage. Nur kurz daneben befindet sich die beleuchtete Südpromenade und damit stehen eben in diesem Bereich 2 gut beleuchtete Fußwege zur Verfügung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann gehen wir zu 8.6, jetzt kommt Herr Schiedung. Entschuldigung, ja.

Herr Krause

Ich habe ja die Anregung nicht gemacht, aber ich interpretiere das auch als Benennen einer Unfallquelle. Sie haben jetzt auch erstmal wieder analysiert, die Ist-Situation, vollkommen in Ordnung. Aber, Sie wissen, diese Wildwege, also die Leute gehen dann doch gewohnheitsmäßig bestimmte Wege und wenn man jetzt diese Zeiträume sieht, beispielsweise im Winter früh zur Arbeit, zurück. Also, dann, wenn dann sozusagen Frequenz ist, wenn es dunkel ist, aber die Leute sozusagen unterwegs sind. Dann könnte das gefährlich sein. Ich hätte die Bitte, diese Anregung doch nochmal in dem Sinne zu prüfen, wie man eine Unfallquelle entschärft. Das ist glaube ich, sozusagen, der Hintergrund. Ob der Weg jetzt da rechtmäßig ist, oder nicht, das vermag ich jetzt nicht zu sagen, aber das wäre meine Bitte, in der Tat.

zu 8.6 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung zur Feuerwehr Ammendorf

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

So, dann gehen wir zu 8.6. Das ist die Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Torsten Schiedung zur Feuerwehr in Ammendorf. Frau Ernst.

Frau Ernst

Herr Schiedung hatte vorgeschlagen, ein Schild im Sinne von „Achtung Feuerwehr“ an der Ausfahrt Elsterstraße im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr Ammendorf aufzustellen.

Abgesehen davon, dass es ein solches Schild in der Straßenverkehrsordnung nicht gibt, befürwortet die Verwaltung den Vorschlag nicht, weil mit Einsatzfahrten von Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei im gesamten Stadtgebiet zu rechnen ist und Einsatzfahrzeuge, die Wegerechte in Anspruch nehmen, dann auch Blaulicht und Martinshorn zu nutzen haben.

Somit sind sie deutlich zu erkennen und der Weg ist freizuhalten. Unabhängig davon, dass Anwohner den Standort natürlich kennen, ist es für Ortsfremde sozusagen zu spät, dann an dieser Ausfahrt auf das Schild, beziehungsweise auf die Situation in dieser Form hingewiesen zu werden, weil Blaulicht und Martinshorn sozusagen schon wahrnehmbar oder eher wahrnehmbar sind. Dadurch sieht die Verwaltung da in diesem Bereich keine Option zu handeln.

Herr Krause

Dann nehmen Sie das bitte als Hinweis hin. Sollte was dort passieren, dann stelle ich hier fest, dass wir auch da eine mögliche Gefahrenquelle benannt haben. Wenn es so ein Schild nicht gibt, muss man das akzeptieren, dann ist das so. Aber ich hätte mir gewünscht, es hätte vielleicht irgendwie einen anderen Vorschlag gegeben, wie man das vorher sieht und darauf hingewiesen wird, so eine Situation vielleicht ein Stückchen entschärfen kann oder begegnen kann. Ich bin kein Verkehrsexperte. Ich hab da jetzt kein Wissen, wie man das am besten macht. Nehmen Sie das als Hinweis hin, vielleicht gibt es ja doch noch eine Möglichkeit, weil für Ortsfremde ist es dann in der Tat ein bisschen schwierig. Für die, die da wohnen, die wissen das in der Tat.

zu 8.7 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Gottfried Koehn zur Verkehrsführung in Heide-Süd

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann gehen wir zu 8.7. Das ist die Anregung von Herrn Koehn zur Verkehrsführung in Heide-Süd. Ebenfalls Frau Ernst.

Frau Ernst

Herr Koehn hatte angeregt, die Ampelregelung an der Blücherstraße zu verlängern, weil er der Auffassung war, dass die, beziehungsweise Anwohner der Auffassung waren, dass die jetzige Grünphase nicht ausreichend ist, um die Straße zu überqueren. An dieser Stelle hat sich die Verwaltung auch die Situation vor Ort angeschaut und es ist darauf hinzuweisen, dass der Fußgänger nicht innerhalb der Grünphase die andere Straßenseite erreichen muss, insofern darf er loslaufen, solange die Ampel Grün zeigt. Und wenn die Ampel auf rotes Licht schaltet, dann gibt es eine sogenannte Räumzeit, sodass der Fußgänger auch sicher die andere Seite erreichen kann. Das ist auch in diesem Fall so, wie an allen anderen Ampeln im Stadtgebiet. Und insofern ist an dieser Kreuzung, an dieser Ampelanlage ebenfalls kein Handlungsbedarf.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Natürlich.

Herr Krause

Frau Ernst. Ich kann zwar rein formal und technisch die Antwort verstehen. Wir hatten eine ähnliche Diskussion beim Übergang sozusagen am Leipziger Turm. Da ging es auch um wenige Sekunden, wo man möglicherweise die Ampelschaltung verändern hätte können oder sollen.

Hier handelt es sich um eine Beobachtung für ältere Menschen, die Mühe haben, darüber zu kommen und für die ist nicht alle logisch erschließbar, dass sie sozusagen im Rahmen einer Räumzeit sich noch bewegen, wenn die Ampel schon auf Rot ist. Im Gegenteil. Oft sind sie gehbehindert und kommen dann in Stress und in Eile, wissen gar nicht um diese Räumzeit und das erhöht nochmal sozusagen den Druck auf die Menschen, gerade auf unsere älteren Bürger.

Es muss doch wohl möglich sein, dass man mit einer vernünftigen Handhabung mit einer solchen Situation umgeht. Das ist ein Ergebnis von einer Beobachtung von mehreren Situationen. Ich kann nur darum bitten, dass Sie das nicht technisch behandeln, sondern auch aufnehmen und einfach sagen, okay, vielleicht kann man mit einer ganz einfachen Geschichte dem Abhilfe schaffen, indem man da 2,3,5 Sekunden mehr gibt. Ich weiß jetzt auch nicht, wie die Zeiten da am günstigsten sind. Das kann so schlimm doch eigentlich nicht sein.

Frau Ernst

Was ich zurückweisen möchte, Herr Krause, dass wir das technisch betrachten. Aber Sie wissen, dass die Straßenverkehrsordnung Vorgaben macht, die wir einzuhalten haben und da geht es nicht um „da könnte ein Schild“ und „da müsste“, sondern die Voraussetzungen müssen vorliegen. Und ich hatte auch gesagt, dass wir uns die Situation vor Ort angesehen haben, insofern nehmen wir da auch Ihre Hinweise ernst und haben das auch geprüft und mit dem Ergebnis, das ich Ihnen gerade mitgeteilt habe.

Zwischenrufe.

Frau Ernst

Auch die Beschilderung ist geprüft worden und mit dem Ergebnis, dass sie gut sichtbar ist.

zu 8.8 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Alexander Raue zum Grillen am Heidensee

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

So, dann sind wir bei 8.8. Das ist die Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Raue zum Grillen am Heidensee.

Frau Ernst

Wie auch bereits in den Sommermonaten informiert, kontrolliert die Stadt vor Ort im Rahmen der täglichen Streifentätigkeit, damit umfasst das auch diese Anregung.

zu 8.9 Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zu Verkehrsschildern

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich wollte allgemein und übergreifend nochmal deutlich machen, es sind sehr viele Anregungen zum Straßenverkehr. Das Aufstellen von Straßenverkehrsschildern ist nur dann möglich, wenn es unabdingbar und zwingend notwendig ist. Man möchte einen Schilderwald verhindern. Deshalb müssen wir so prüfen. Jede Anregung, die Sie geben, ich möchte das nochmal unterstreichen, wird mit der Polizei abgestimmt. Es gibt eine Verkehrsunfallkommission, die alle Vorschläge, die da sind, auch bewertet, sich das ansieht, die regelmäßig durchfahren.

Zwingend, wenn ich mich in einen Straßenverkehr hineinbegebe, bedeutet das letztendlich, ich muss der Verkehrssicherheit Rechnung tragen, ich muss mit Gefahren im Verkehr rechnen und muss mich darauf einstellen. Und so ist die Straßenverkehrsordnung beschrieben. Ich verstehe, und das ist genau deshalb, warum es im übertragenen Wirkungskreis ist, weil wir haben Verwaltungsvorschriften, wir haben Richtlinien, wir sind im übertragenen Wirkungskreis und hier müssen wir das so sorgfältig durchprüfen, dass wir nur dann handeln können, wenn es eine zwingende Notwendigkeit ist.

Wir prüfen alles, was Sie sagen und ich hoffe auch, es wird deutlich, dass wir es ernst meinen und jede Situation durchprüfen. Das heißt nicht, dass wir eine Situation nicht nochmal prüfen oder nochmal gegengehen oder wenn nochmal Anregungen sind, wir sie auch nochmal prüfen. Das haben wir an mehreren Stellen bereits getan, aber es ist nicht zulässig zu sagen, „ich wünsche mir ein Verkehrszeichen“ oder „ich nehme ein Verkehrszeichen und gehe damit hin und dann wird es dann auch durchgeführt“, nur weil es dann eben auch eine Anregung ist. Da bitte ich um Verständnis, dass wir zwingende Vorschriften haben, die wir einzuhalten haben und wir werden ebenfalls vom Landesverwaltungsamt im übertragenen Wirkungskreis geprüft.

Herr Krause

Das respektiere ich sehr. Ich kann mir schon vorstellen, dass an vielen Stellen das ganze restriktiv geregelt ist. Deswegen hab ich von technisch-formal gesprochen. Das war jetzt sozusagen nicht irgendwie abwertend gemeint, aber ich meine, ich beziehe mich nochmal speziell auf die Situation, sehen Sie es mir nach, wenn ich es ein bisschen emotional sage, einer alten Frau, die da über die Straße geht.

Es muss doch eine Möglichkeit geben, da im menschlichen Sinn ein Ermessen zu organisieren. Ich verstehe schon, sozusagen auch diese Zwänge und diese Einengungen, die da eine Rolle spielen, aber die alten Leutchen verstehen es nicht. Und den werden Sie auch nicht erklären, sie haben noch eine Räumungsfrist für die Straße. Die kommen in Hektik, die fliegen hin und sonst was passiert da. Da muss doch irgendeine Chance bestehen, dass man für solche Fälle, so ein paar Sekunden dazu gibt. Finde ich jedenfalls. Also, vielleicht können Sie sozusagen auch Ihren Einfluss geltend machen, dass wir im Rahmen des Ermessens an so einer Stelle, wo keine komplizierte Regelung ist, also, dass noch mehrere Straßen da einmünden, dass man da irgendwo eine Abhilfe schafft. Das würde den Menschen wirklich helfen. Das ist jedenfalls mein Eindruck.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir haben klare Überquerungszeiten, wir gucken uns die Überquerungszeiten an und dann nehmen wir das beim nächsten Mal nochmal mit, das kann ich Ihnen zusagen. Herr Teschner ist ja auch da, wir stoppen nochmal die Zeiten und gucken uns an. Aber eins ist eben auch deutlich, je schwerer eine Behinderung ist und je problematischer, desto problematischer ist es natürlich auch, den Weg zu überqueren. Wir gucken uns die Zeiten an, Herr Krause, und dann komme ich da nochmal mit einem Ergebnis.

zu 8.10 Herr Rebenstorf zum Anwender-Tool

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann gehen wir zum Tagesordnungspunkt...

Zwischenrufe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Stopp. Wir haben noch Informationen, so ist es. Richtig. Bitteschön, Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Wir haben noch eine Mitteilung, und zwar betrifft das die Anregung des Stadtrates Dirk Gernhardt, Fraktion DIE LINKE, Tool zur Bestimmung der Kosten für PKW- und LKW- Verkehr.

Wir prüfen, ob das Anwendertool der Universität Kassel, was einen Kostenvergleich zwischen Radverkehr, Fußverkehr, KFZ-Verkehr, ÖPNV ermöglichen würde. Bitten aber darum, dass das noch eine Weile dauert, weil die erforderliche Datengrundlage sehr aufwendig ist und die Zusammenstellung eben entsprechend Zeit, finanziellen und personellen Aufwand bedeutet und je nach Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln könnten wir gegebenenfalls 2019 in eine Projektvorstufe gehen und wir werden auch abwägen, ob dafür ein gesonderter Beschluss notwendig ist und diese Mitteilungen würden wir in den Fraktionen auch nochmal schriftlich zur Verfügung stellen.

zu 8.11 Herr Geier zur Personalveränderung im Stadtrat

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Vielen Dank, gibt es weitere Mitteilungen? Herr Geier, bitte.

Herr Geier

Ja, meine Damen und Herren, ich würde gern nochmal die Personalveränderungen im Stadtrat berichten wollen. Es ist also so, dass der Herr Klätte und der Herr Kaßner schriftlich erklärt haben, dass sie aus dem Stadtrat ausscheiden wollen, das ging gestern Nachmittag zu. Und jetzt ist der weitere Verfahrensgang folgender, dass durch den Gemeindevahllleiter, also durch mich, die feststehenden Nachrücker anzuschreiben sind, ob sie ihre Wahl annehmen. Das ist mit heutiger Post erfolgt. Sie haben jetzt eine Woche Zeit, sich dazu zu äußern, also sie können sich früher äußern, ob sie annehmen oder ablehnen. Machen sie das innerhalb dieser Wochenfrist nicht, dann ist automatisch, dann wird unterstellt, dass die Wahl angenommen ist.

So ist hier im Moment der Verfahrensgang und nachdem eine Äußerung der Nachrücker vorliegt, ergeht dann eine entsprechende Mitteilung an den Stadtratsvorsitzenden. Und das ist auch übrigens ein Punkt, weil ich das gerade so parallel nochmal geschaut hab, wo halt dann doch der MZ-Bericht etwas schnell war. Also, wir sind im Moment bei dieser Annahmeerklärung der Nachrücker.

Herr Krause

Nur mal eine Frage nochmal zum Verständnis. Also, wenn die sozusagen nicht reagiert haben oder die Annahme erklärt haben, sind sie aber eigentlich erst richtig Stadträte, wenn diese Vereidigung oder wie das sich nennt stattgefunden hat. Wie läuft das rein rechtlich?

Herr Geier

Der Gemeindevahllleiter teilt dem Stadtratsvorsitzenden mit, ob ein Nachrücker die Wahl angenommen hat. Und wenn diese Mitteilung erfolgt ist, dann kann die Vereidigung im Stadtrat erfolgen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Schreyer bitte. Ich muss ein bisschen korrigieren. Entschuldigung, Herr Schreyer.

Herr Schreyer

Also, Stadträte sind sie schon vorher. Die Verpflichtungserklärung, die durch den Vorsitzenden zu erfolgen hat, die ist ein formales, einzuhaltendes Kriterium, aber führt nicht dazu, dass man erst dadurch dann den Status Quo eines Stadtrates erhält.

Herr Bönisch

Sind Sie vorbereitet, da das jetzt dann möglicherweise schnell gehen kann auch. Also, die haben das schon erklärt, hatten Sie gesagt, die sind schon raus Herr Kaßner und Herr Klätte? Und die anderen nehmen das Mandat möglicherweise schnell an, dann könnte es dazu führen, dass die AfD mit 3 Mitgliedern automatisch eine Faktion bilden kann. Dann ändert sich alles und zwar mit sofortiger Wirkung. Das heißt, sind Sie darauf vorbereitet, uns dann vorzuschlagen, dann müssten wir dann Ausschüsse neu besetzen und alles sowas machen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Stadt ist immer vorbereitet, Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Schön, das freut mich außerordentlich.

- Ende Wortprotokoll-

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Herr Dr. Meerheim zu Pachtverträgen von Garagengemeinschaften

Herr Dr. Meerheim sagte, dass Pächtern mehrere Angebote unterbreitet wurden, welche einen erheblichen Preisanstieg für die Nutzung zur Folge hätten. Er fragte, ob dies beabsichtigt ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass alle bisherigen Verträge fortgeführt werden und Angebote der Pächter an die Stadt geprüft werden.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass die Vorstände über die Aussage des Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand informiert werden sollten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Prüfung des Sachverhaltes zu.

Herr Dr. Meerheim bat um Information der Stadträte nach Abschluss der Prüfung.

zu 9.2 Frau Dr. Bergner zum "Bündnis gegen Rechts"

Frau Dr. Bergner fragte, welche Organisationsstruktur und welche Satzung beim „Bündnis gegen Rechts“ vorliegt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass die Organisationsstruktur des „Bündnis gegen Rechts“ auf der Website erklärt wird.

zu 9.3 Herr Krause zur Städtepartnerschaft Israel

Herr Krause bezog sich auf den Antrag aus dem Juni 2018 und die erfolgten Rückmeldungen und fragte, ob es zwischenzeitlich weitere Rückmeldungen gegeben hat und wie die Stadt die Rückmeldungen einordnet und wie weiter vorgegangen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Stadt Vorschläge zu einer Städtepartnerschaft anfragen wird. Wenn Vorschläge vorliegen, würde er diese im Hauptausschuss zur Beratung vorstellen.

Herr Krause fragte, ob auch Möglichkeiten der Städtefreundschaften geprüft werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bejahte dies.

zu 9.4 Herr Krause zum Jugendparlament

Herr Krause fragte nach dem Stand der Umsetzung.

Frau Ernst informierte, dass die Beschlussvorlage in die Gremien im Oktober 2018 eingebracht wird.

zu 10 Anregungen

Es gab keine weiteren Anregungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer